

# Kontroverse um Risiko für Bürger

Gemeinderat votiert nach namentlicher Abstimmung für Bauprojekt an Wörthstraße

Von Henning Zorn

**Baden-Baden – Erst nach heftiger, kontroverser Diskussion stimmte der Gemeinderat am Montag mehrheitlich dafür, den Bebauungsplan „Westliche Wörthstraße“ in Kraft treten zu lassen und einen Durchführungsvertrag mit der Firma Ideal Wohnbau abzuschließen.**

Dieses Unternehmen plant hier die Errichtung einer Wohnanlage für „Betreutes Wohnen“ mit drei Baukörpern, in denen 54 Appartements sowie Gemeinschafts- und Versorgungseinrichtungen entstehen sollen.

Scharfe Kritik an dem Vorhaben äußerte Heinrich Liesen (FBB), der im Hinblick auf die nahe B 500 meinte: „Es ist unverantwortlich, dass hier gebaut wird. Die Menschen werden einem erhöhten gesund-

heitlichen Risiko ausgesetzt.“ Beim der Stadt vorliegenden Gutachten zur Luftqualität sei mit falschen Werten gearbeitet worden.

Liesen wandte sich direkt an den CDU-Stadtrat Klaus Bloedt-Werner, der ihm Panikmache vorgeworfen und gesagt habe, dass ihm im Bereich der „Tausenfüßler“-Brücke keine Bürger mit Problemen durch die Abgasbelastung bekannt seien. Tatsächlich, so Liesen, würden hier unterhalb der Brücke Bürger „mit erheblichen Beeinträchtigungen“ durch asthmatische Erkrankungen wohnen. Im Gemeinderat schein aber die Gesundheitsvorsorge für die Bevölkerung nicht auf Interesse zu stoßen.

Bloedt-Werner entgegnete, dass Liesen „unverantwortliche Angstmacherei“ betreibe. Seit Jahrzehnten gebe es Wohngebäude neben der

B 500, doch ihm sei niemand bekannt, der sich über gesundheitliche Beschwerden beklagt habe. Wenn es Erkenntnisse über Belastungen gebe, dann hätte man diese, so Bloedt-Werner, doch schon längst vorlegen können.

Bedenken wegen Belastungen durch den nahen Autoverkehr äußerte auch Werner Henn (SPD), der bessere Schutzvorkehrungen an der B 500 forderte. Beate Böhlen (Grüne) betonte, dass man das Problem der Feinstaubbelastung grundsätzlich für ganz Baden-Baden angehen müsse und nicht an einem Einzelfall festmachen dürfe. So stelle sich zum Beispiel auch die Frage, ob die Standorte der Baden-Badener Messstellen an der Klosterwiese und am Aumattstadion wirklich geeignet seien.

Einige Aufregung gab es dann noch wegen Heinrich

Liesens Aussage, dass bezüglich des Bebauungsplans „Westliche Wörthstraße“ ein „Gefälligkeitsgutachten“ zur Abgasbelastung angefertigt worden sei. Dies wies OB Margret Mergen empört zurück. Ebenso äußerte sich Bürgermeister Alexander Uhlig, der erklärte, dass das Gutachten von einem anerkannten Fachbüro verfasst worden sei. Sicherlich, so Uhlig, gebe es auch gesündere Wohnlagen, doch man könne nicht jedes Haus im Wald bauen.

Auf Antrag Liesens wurde schließlich über den Durchführungsvertrag namentlich abgestimmt, wobei sich eine Mehrheit von 26 Stadträten für das Bauprojekt aussprach. Beate Böhlen forderte in diesem Zusammenhang, dass sich die Stadt beim Regierungspräsidium um weitere Lärmschutzmaßnahmen an der B 500 bemühen solle.